weisen, für welchen Zeitraum eine Kontrolle der Belege erfolgt. In diese Prüfungen sind auch Verkaufseinrichtungen einzubeziehen, bei denen weder bei vorbeugenden Kontrollen noch bei Inventuren in der Vergangenheit Mängel auftraten.

Durchführung von Inventuren

Ein wesentlicher Bestandteil des Kontrollsystems ist die Inventur. Die Inventur ist die Rechenschaftslegung des Leiters der Verkaufseinrichtung und seines Kollektivs über die ordnungsgemäße Verwaltung des ihnen anvertrauten sozialistischen Eigentums sowie über die Einhaltung aller Bestimmungen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit. Die Inventur umfaßt in den Verkaufseinrichtungen die Aufnahme der Umlauf- und Grundmittelbestände einschließlich der Servierausstattung und Hotelwäsche und ihre Gegenüberstellung mit den Soll-Werten.

Die Anweisung orientiert darauf, die Inventur nicht auf die Aufnahme der Bestände und ihre Gegenüberstellung mit den Soll-Werten zu beschränken, sondern bei festgestellten Mängeln sofort mit der Aufdeckung der Ursachen zu beginnen. Dabei ist selbstverständlich nicht daran gedacht, alle erwähnten Prüfungskomplexe in die Ermittlung der Ursachen bei der Durchführung der Inventur einzubeziehen. Hier geht es lediglich darum, bei der Bestandsaufnahme wahrgenommene Mängel sogleich aufzugreifen und im Inventurprotokoll festzuhalten. Der Inventurprüfer hat in der Regel bestimmte Kenntnisse, die er bei der Aufdeckung der Ursachen mit nutzen soll. Das bedingt, daß er sich vor Beginn der Inventur mit der betreffenden Verkaufseinrichtung beschäftigt und in Protokolle vorangegangener Inventuren und vorbeugender Kontrollen Einsicht nimmt. Die bei der Inventur getroffenen Feststellungen sollen mit dazu dienen, dem Hauptbuchhalter des Betriebes Anhaltspunkte für weitere Entscheidungen über eine Ermittlung der Ursachen zu geben.

Ein Schwerpunkt innerhalb der gesamten Kontrolltätigkeit ist es, bei jeder Inventurdifferenz gründlich die Ursachen festzustellen. Hierzu geben die Anweisung und die Gemeinsame Richtlinie eine grundlegende Orientierung.

Werden Inventurdifferenzen festgestellt, hat der Leiter des Betriebes die notwendigen abrechenbaren Festlegungen zu treffen. In diese Festlegungen sind auch Maßnahmen zur disziplinarischen oder materiellen Verantwortlichkeit derjenigen Mitarbeiter einzubeziehen, die schuldhaft Pflichtverletzungen begangen haben. Das betrifft nicht nur Leiter von Verkaufseinrichtungen, sondern auch andere Mitarbeiter, die es verabsäumt haben, entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Disziplin zu treffen oder die die festgelegten Maßnahmen nicht eingehalten haben.

Die Ergebnisse der vorbeugenden Kontrollen und der Inventuren sowie die eingeleiteten Maßnahmen sind gründlich mit dem Leiter und dem Kollektiv der Verkaufseinrichtung sowie den ehrenamtlichen Kräften auszuwerten.

Die Erfahrungen und Ergebnisse der überwiegenden Mehrheit der Verkaufseinrichtungen zeigen, daß Handelsverluste und Inventurdifferenzen durch das Handeln der Mitarbeiter beeinflussbar sind. Sie treten dort relativ selten auf, wo Ordnung, Sicherheit und Disziplin herrschen. Bei der Bekämpfung der Handelsverluste geht es vor allem darum, alle Mitarbeiter in diese Aufgabe einzubeziehen und Ressortdenken zu überwinden.

Aus dem Alltag des Rechtsstaats der Monopole

Legalisierte Mietwucherei

Der BRD-Bundestag hat am 17. Oktober 1974 einen von der Regierung eingebrachten Entwurf für ein „Zweites Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse“ verabschiedet. Die Neuregelung wird - nachdem sie auch den Bundesrat passierte - das „Wohnraumkündigungsschutzgesetz“ vom 25. November 1971 ablösen und am 1. Januar 1975 in Kraft treten.

Nahezu 40 Millionen BRD-Bürger haben an eine solche Neuregelung die Erwartung geknüpft, es werde endlich mit dem seit Jahren versprochenen Mieterschutz gegen die bodenlose Willkür der Vermieter Ernst gemacht. Was das Gesetz tatsächlich zu bieten vermag, hat die „Stuttgarter Zeitung“ am 16. Oktober 1974 auf die knappe Formel gebracht: „Das Gesetz soll den Mieter schützen, doch spricht vieles dafür, daß es auf lange Sicht genau das Gegenteil bewirkt.“ Und BRD-Justizminister Vogel war so freimütig, in der Bundestagsdebatte zu erklären, mit dem neuen Gesetz werde der Vermieter — wohlgermt: der Vermieter! — besser leben können als mit dem bisherigen („Das Parlament“ vom 2. November 1974).

Denn der Wohnungseigner wird — so will es das neue Gesetz — auch künftig kündigen können, wenn er unter Berufung auf „Eigenbedarf“ oder „erhebliche Verletzung“ der vertraglichen Verpflichtungen durch den Mieter ein „berechtigtes Interesse“ ins Feld führen kann. Ein Kündigungsgrund des Vermieters liegt zudem dann vor, wenn er durch die Fortsetzung des Mietverhältnisses daran gehindert wird, das Grundstück „wirtschaftlich angemessen zu verwerten“, und dadurch „Nachteile erleidet“.

Höhere Miete kann der Vermieter verlangen, wenn sie seit einem Jahr nicht angehoben worden ist und der geforderte Mietzins die „ortsübliche Miete für eine vergleichbare Wohnung“ nicht übersteigt. Es genügt, wenn der Vermieter drei „Vergleichsobjekte“ nennt, um eine Mieterhöhung gegebenenfalls auch auf dem Klagewege durchsetzen zu können. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Oktober 1974 bot für diesen Passus den Klartext: „Das neue Mieterschutzgesetz darf keinesfalls als Instrument zum Einfrieren der Mieten verstanden werden. Jeder Neuabschluß eines Mietvertrages befreit den Vermieter auch künftig von der gesetzlichen Vorschrift, den Mietzins mit Blick auf vergleichbaren Wohnraum festzusetzen. Die Marktmiete bleibt in Bewegung.“

Modernisierungskosten und Zinserhöhungen können weiterhin der Miete zugeschlagen werden. Die zunächst vorgesehene Höchstgrenze für Überwälzungen von Modernisierungskosten auf die Miete — über den Satz der ortsüblichen Vergleichsmiete hinaus — ist kurzerhand gestrichen worden.

Und so ergibt sich per Saldo, daß mit dem neuen Gesetz — wie aus Berechnungen der BRD-Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hervorgeht — in bestimmten Fällen Mieterhöhungen um 400 DM monatlich im Verlaufe eines Jahres durchaus legal werden.

Legale Mietwucherei anstelle geduldeter und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse geförderter Grund- und Hausbesitzerwillkür — das ist im Grunde der „Fortschritt“, den dieser Gesetzes-Hokuspokus bietet. Das ist das Fazit für den Mieter, dem die Neuregelung in der amtlichen Gesetzesbegründung „wegen der überragenden Bedeutung der Wohnung als Lebensmittelpunkt“ wirksamen Schutz verheißt, zugleich aber den Grundsatz gelten läßt: „Marktorientierte Mieterhöhungen müssen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzers möglich sein“ („Frankfurter Rundschau“ vom 18. Oktober 1974).

Eben diese an den Spielregeln der Kapitalverwertung orientierten Mieten haben dazu geführt, daß etwa 200 000 Wohnungen in der BRD leerstehen, weil viele Menschen den Wucherzins einfach nicht mehr aufbringen können. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Der politische Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der BRD für den Stopp der Mietpreise und einen ausreichenden Mieterschutz bleibt deshalb weiter auf der Tagesordnung.

Ha. Lei.